

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

17.11.1912 (No. 316)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 316

Sonntag, den 17. November 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprech-
anschl. Nr. 154, vorläufig auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 5mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird Teilneh-
mer die Verantwortung für irrtümlicher Vergütung
übernehmen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 13. November 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem musikalischen Leiter des Lehrergesangsvereins Mannheim-Ludwigshafen Karl Weidt in Heidelberg das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Postverwalter Postsekretär Engler in Seitersheim die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Kronen-Ordens IV. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Postsekretär Christian Spielmann in Königsbach die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Kronen-Ordens IV. Klasse zu erteilen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 12. November 1912 wurde der Eisenbahnassistent Johann Appel in Mannheim zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unter dem 19. Oktober 1912 den Eisenbahngemeister Karl Lang in Konstanz nach Karlsruhe versetzt.

Die Errichtung eines Kaiserlich Russischen Berufsconsulats in Mannheim betr.

Dem Kaiserlich Russischen Berufsconsul Herrn von Zur-Mühlen in Mannheim ist die Befugnis zur Legalisation von Handelspapieren und Ursprungszeugnissen jeder Art sowie von gerichtlichen und notariellen Urkunden, die aus dem Reichslande kommen und für Ausland bestimmt sind, übertragen worden.

Karlsruhe, den 15. November 1912.

Ministerium
des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.
von Dusch. Dr. Lederle.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

* Politische Wochenrückblicke.

Die Mächte und der Balkanrieg.

Die Wirksamkeit der Großmächte bei dem Balkanrieg hat beim großen Publikum wenig Anklang gefunden. Aus zahlreichen Pressäußerungen geht es hervor und unnütz wäre es, sich dem zu verschließen. Das Konzert der Mächte, dessen Aufleben einmal als ein Lieblingsgedanke des verstorbenen Vorkämpfers Freiherrn von Marschall bezeichnet worden ist (wir wissen nicht, ob mit Recht), ist zwar zusammengetreten, es ist aber von den Kriegskompoten überhört worden. Es hat den Ausbruch des Krieges nicht verhindern können und es hat bisher auch in der Vetreibung des Friedens keine besonderen Erfolge erzielt. Am 4. November sind von türkischer Seite die Großmächte ersucht worden, auf Einstellung der Feindseligkeiten hinzuwirken, wenigstens ist beim Deutschen Reich ein solcher Schritt an diesem Tage erfolgt. Erst zehn Tage später, am 14. November, ist der entsprechende Schritt der Mächte bei den verbündeten Balkanstaaten getan worden. Die Gesandten stellten an diesem Tage die Frage, ob die betreffende Regierung die Vermittlung der Großmächte für den Friedensschluß mit der Türkei annehme und welches für diesen Fall ihre Bedingungen seien. Nach Meldung aus Sofia und Belgrad wurde darauf sogleich eine Erklärung abgegeben, die es wahrscheinlich macht, daß bis zur amtlichen Antwort mehrere Tage vergehen werden; der bulgarische Ministerpräsident Gschow wies darauf hin, daß seine Regierung mit den Verbündeten beraten werde. Um diese Zeit war es auch schon bekannt, daß die türkische Regierung sich direkt an Bulgarien gewandt hat. Die Großmächte haben sich nicht dazu gedrängt, das Vermitt-

lungserfuchen der Türkei weiterzugeben, und der schließlich von ihnen unternommene Schritt entbehrt der Entschiedenheit; man scheint die Sache lieber zunächst den unmittelbaren Beteiligten, d. h. den Kriegführenden, überlassen zu wollen.

Während der Eindruck des Auftretens der Mächte also leider auch in diesem Falle noch ausgesprochen besonders wirkungslos ist, legten die Staatsmänner, die die Entwicklung von innen sehen, auf das Zusammenarbeiten der Mächte nach wie vor großen Wert. In seiner Rede von der Guildhall hat der englische Premierminister Asquith gesagt: „In diesem Augenblick ist es das erste und höchste Interesse Europas, den Kriegsschauplatz zu begrenzen. Zu diesem Zwecke haben die Großmächte gearbeitet, wie von einem einzigen Willen befehle. Bisher haben sie erfolgreich gearbeitet, und es ist unsere Hoffnung und unser Glaube, daß sie die Arbeit zu Ende führen werden.“ Und der französische Ministerpräsident Poincaré erklärte auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie in Paris: „... wenn die Formel, über die das erste Abkommen der europäischen Diplomatie zustande kam, heute noch den vollzogenen Ereignissen aller Welt als verspätet und überlebt erscheint, so darf man nicht vergessen, daß sie am Vorabend des Krieges die Formel der Balkanstaaten selbst war, und daß sie auf jeden Fall zu diesem Zeitpunkte die gemeinsame Meinung der Großmächte zugunsten des Friedens dargestellt hat.“ Außer dem nicht wegzuleugnenden Mißerfolge, den die Mächte mit ihrer Friedensaktion bei den Balkanstaaten hatten, hat der französische Ministerpräsident persönlich noch Mißgeschick gehabt mit seinem Vorschlage, die Mächte sollten das Desinteressement, zu deutsch: die Nichtbeteiligung oder Uneigennützigkeit ausprechen. Den Vorschlag hält der Minister heute nicht mehr aufrecht, denn er sagte in der Pariser Rede weiter: „Wir haben selbst erhebliche Interessen im Orient, die wir wahren müssen.“ Der von französischer Seite vorgenommene Rechtfertigungsversuch: es habe sich um territoriale Uneigennützigkeit gehandelt, kann nichts helfen; davon hat in dem Vorschlage nichts gestanden und Formeln, die einer späteren Auslegung bedürfen, sind bedenklich. Die offene Aussprache besonderer Interessen, wo solche vorhanden sind, dürfte besser sein, als eine Uneigennützigkeit, die im entscheidenden Augenblicke nicht Stich hält. Das besondere Interesse Österreich-Ungarns an der Gestaltung der albanischen Dinge ist bekannt; bis heute besteht die Hoffnung, daß es der Donaumonarchie gelingen wird, sich darüber direkt mit Serbien ins Benehmen zu setzen. Also auch hier die Verteidigung unter den zunächst Beteiligten.

Das französische Selbstbuch über Marokko.

Der für den 5. November zu einer außerordentlichen Tagung zusammenberufenen französischen Kammer sind Schriftstücke über Marokko in Gestalt eines Selbstbuchs vorgelegt worden. Das entspricht einer Zusage, die von der französischen Regierung schon vor langer Zeit — damals gab es noch einen anderen Minister des Außern — gemacht worden ist. Die Regierung scheint auf den Abschluß des Vertrages mit Spanien gewartet zu haben. Nach den aus Paris kommenden Inhaltsangaben des Selbstbuchs ist darin der Beginn der französisch-spanischen Verhandlungen, die sich an die Landung spanischer Truppen in Tetouan und an die Besetzung von Alkassar knüpfen, dargetan. Ein anderer Teil des Selbstbuchs ist den französisch-deutschen Verhandlungen vom Sommer 1910 bis zum Abschluß des Vertrages vom 4. November 1911 gewidmet. Ob sich Anlaß ergibt, vom deutschen Standpunkt aus Bemerkungen an die Veröffentlichung zu knüpfen, muß die nähere Prüfung ergeben; in Frankreich selbst scheint man der Veröffentlichung eine aktuelle politische Bedeutung nicht beizumessen.

Vom preussischen Landtage.

Das preussische Abgeordnetenhaus, das seit dem 22. Oktober verammelt ist und sich in der Person des Grafen Schwerin-Löwis einen neuen Präsidenten an Stelle des während der Sommerferien verstorbenen Frhrn. v. Erffa geberdet hat, bemüht sich um gesetzgeberische Arbeiten, die eingehende Sachkenntnis erfordern. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren war noch im Oktober beendet worden, am 11. November erfolgte die Annahme in dritter Lesung. Einer besonderen Kommis-

sion liegt es ob, sich noch darüber schlüssig zu werden, auf welche Weise die öffentlichen Sparkassen gegen das Kursrisiko hinlänglich sichergestellt werden können, das ihnen der Zwangsbestand an Inhaberpapieren auferlegt. Ein fortschrittlicher Antrag will, daß möglichst noch in dieser Session ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird. Der paragraphenreiche Entwurf eines Wassergesetzes stand in der letzten Woche zur zweiten Lesung im Plenum. Die Freude und man kann sagen, der Mut zur gesetzgeberischen Arbeit zeigte sich in dem aus dem Hause lautwerdenden Wünsche, den Gegenstand sogar über das ganze Reich hin zu regeln. Für den Fall, daß es gelingt, die zweite Lesung am Sonnabend zu beendigen, plant man bis zum 28. November eine Pause in den Plenarsitzungen zu machen. Während dieser Zeit sollen die Kommissionen tagen. Für die Geschäftsordnungskommission, die Unterrichtscommission, die Energiegesetzkommission und die Moorsteckungskommission liegt Arbeit vor.

Von sozialdemokratischer Seite ist die Durchführung einer Volksversicherung im großen Stille vom 1. Januar 1913 an geplant. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht bürgerlicher Politiker, nach einem Gegenmittel gegen dieses Unternehmen auszusuchen. Zu dem Zwecke ist eine Besprechung für den 25. November in Berlin angelegt. Ein vorläufiger Ausschuss mit dem preussischen Staatsminister v. Müller an der Spitze, hat Einladungen ergehen lassen. Das „Berliner Tageblatt“ hat ein als vertraulich bezeichnetes Einladungs schreiben veröffentlicht und sofort heftige Angriffe auf das Unternehmen gerichtet, obwohl es die Pläne des Ausschusses nicht kennen konnte, weil nach glaubwürdiger Versicherung noch keine bestanden, sondern die Frage ohne vorgesehene Meinung erörtert werden sollte. Das Blatt hätte mit seiner Opposition warten können; aber es legte Wert darauf, das werdende Unternehmen sofort als „eine Art von Sammelungsprodukt“ zu kennzeichnen und auf diese Weise bei seinen Lesern zu verächtlichen. Die „Frankfurter Zeitung“ ging so weit, den fortschrittlichen Abgeordneten, der nebst einem nationalliberalen das Rundschreiben mitunterzeichnet hatte, energisch zur Ordnung zu rufen, weil er sich „mit Konservativen und Zentrumsleuten zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verbindet“. Das Verhalten der beiden Blätter verdient festgenagelt zu werden. Es ist ein Ausfluß des systematischen Bestrebens, das Gefühl der Gemeinbürgerschaft gegenüber der Sozialdemokratie zu erlöten und jeden, der es noch empfindet, dem liberalen Bevölkerungsteil als schlechten Kerl zu denunzieren. Es wird dabei der Kniff angewendet, für den Fall eines Zusammenwirkens zwischen Liberalen und Mitgliedern anderer bürgerlichen Parteien immer die Liberalen als die Dummen und Einfluslosen hinzustellen. Mit echtem Selbstbewußtsein ist diese Taktik kaum vereinbar. Denn jeder selbstbewußte Liberale wird für sich in Anspruch nehmen, daß, wenn und so lange er mitarbeitet, nicht eine einseitige Parteirichtung anderer Art durchbringen kann.

Die sozialdemokratische „Volksfürsorge“.

Die Mittel und Wege zu einer Gegenwirkung gegen das sozialdemokratische Unternehmen mögen noch nicht klar zutage liegen. Daß hier eine neue Gefahr erwächst, ist auch auf dem letzten Vertretertag der nationalliberalen Jugend in Frankfurt a. M. nachdrücklich betont worden. Dr. Poensgen-Berlin führte in Frankfurt etwa folgendes aus: „Die Sozialdemokratie ist drauf und dran, ein neues Machtmittel in die Hand zu bekommen. Sie wird voraussichtlich durch die „Volksfürsorge“ einen ungeheuren Einfluß auf die Arbeiterschaft gewinnen und zwar gerade auch auf „revisionistisch“, nicht revolutionär gesinnte Kreise. Es ist bekannt, daß Arbeiter mit der Zahlung von Versicherungsbeiträgen leicht in Rückstand kommen; es kann nicht ausbleiben, daß der Verwaltung der „Volksfürsorge“ eine diskretionäre Gewalt bei Behandlung der Arbeiter, deren Beiträge verfallen, zuwächst. Es wird ein starkes wirtschaftliches Band um die Versicherten gelegt; ein neuer Schritt zur Abschließung der Arbeiterklasse und zur Ausbildung eines Gegenstaates wird getan.“ Wir stellen diese Ausführungen hierher, weil sie bisher nicht genügend beachtet worden sind.

Laufe des Kreuzers „Karlsruhe“.

Nun hat auch die badische Residenzstadt die Genug-tuung, einen Kreuzer der deutschen Kriegsmarine mit ihrem Namen geschmückt zu sehen. Mitempfundnen wird

dieses Gefühl des Stolzes aber vom ganzen badischen Land, dessen Presse ausführlich über die am Montag in Kiel erfolgte Taufe berichtete. Der deutsche Kaiser und unser Großherzog haben ihren lebhaften Anteil an dem Akt und ihre Freude über die Namensgebung in herzlich gehaltenen Depeschen an den Oberbürgermeister von Karlsruhe, Siegrist, zum Ausdruck gebracht. Der Tauffest vollzog sich in feierlicher Weise. Oberbürgermeister Siegrist hielt eine an schönen Gedanken reiche Laudatio. Nachdem er betont hatte, mit welcher Freude die Karlsruher Bürgerschaft wie das ganze Land den neuen Kreuzer als eine Vermehrung unserer Flottenmacht begrüßen, erinnerte er an die Zeit vor Jahren, an jene Tage der Drangsale und der Fremdherrschaft. Auch die Stadt Karlsruhe wisse von dieser Zeit zu berichten. Aber sie wisse auch zu berichten von der heißen Sehnsucht und dem begeistertsten Streben nach Deutschlands Einigkeit und Macht, darin Badens Fürst und Volk mit einander wetteiferten und heute sei die Stadt Karlsruhe selbst, dank ihres ungeahnten Aufblühens in den letzten vier Jahrzehnten eines der bereichsten Beispiele für die Fülle der Segnungen, die das endlich geeinte Reich über all seine Gauen und Stämme, nicht zuletzt über seine zu neuer Größe gediehenen Städte in langer Friedenszeit ausgestreut hat. Oberbürgermeister Siegrist gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß der Kreuzer recht lange, Zeit nur vor friedliche Aufgabe gestellt sein möge. „Wenn aber je, so fuhr er fort, das Schicksal es anders fügen sollte, dann wird, gleich so vielen ruhmvollen Vorbildern, auch die Besatzung des Schiffes, dessen Patenstadt die Devise „Fidelitas“ im Wappen führt, ehrenvoll und todesmutig kämpfen für ihren Kaiser und ihr Vaterland.“ Bei dem an die Taufe sich anschließenden Festmahl hielt Geh. Legationsrat Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eine Ansprache, in der er seine Heimatstadt Karlsruhe als die Stadt der Kunst und Wissenschaft feierte und des Großherzoglichen Hauses mit Ehrfurcht gedachte. Die Rede klang aus in ein Hoch auf die Stadt Karlsruhe, ihren Oberbürgermeister und die anwesenden Karlsruher Herren (Delegierte des Badischen Landesverbandes des Flottenvereins und der Technischen Hochschule).

Badischer Landtag.

Die in der Budgetkommission der Ersten Kammer erstatteten Berichte über das Murgwerk sind in der vergangenen Woche im Druck erschienen. Der erste Bericht, dessen Verfasser Geh. Hofrat Professor Dr. Bunte ist, stellt fest, daß sich die Budgetkommission eingehend mit der an dem Entwurf geübten Kritik befaßt und eine Reihe von Aufklärungen und Berechnungen seitens der Großen Regierung entgegengenommen habe. Auf Grund dieser eingehenden Beratung sei die Kommission dazu gelangt, den Antrag auf Annahme des Entwurfs in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung zu stellen und die im 3. Nachtrag zum Staatsvoranschlag geforderten Mittel zu genehmigen. Ein zweiter Bericht, erstattet vom Herrn Böcklin von Böcklinsau, bespricht noch eingehender, als der erste, die gegen den Entwurf erhobenen Bedenken, gelangt aber ebenfalls zur Stellung des Antrages auf Annahme. Der Bericht schließt: Nach der Erklärung der Großen Regierung, wonach mit Sicherheit anzunehmen war, daß das Unternehmen im kaufmännischen Geiste geleitet und ein gutes Einvernehmen mit der heute schon bestehenden Konkurrenz angestrebt werden soll, konnte auch die Mehrzahl derjenigen Kommissionsmitglieder, welche ursprünglich gegen das Projekt waren, ihre Bedenken zurückstellen und der Vorlage zustimmen. — Das Plenum der Ersten Kammer wird nun in der kommenden Woche zur endgültigen Beschlußfassung über den Gesetzentwurf zusammentreten.

Die Ermordung Canalejas.

Das tragische Ende des spanischen Ministerpräsidenten, das auch in Deutschland Teilnahme und Erschütterung auslöste, lenkt die Augen der Welt wieder einmal auf die Umtriebe jener wahnwitzigen Desperados der Politik, die in Mord und Gewalttat ein Mittel sehen, die Geister aufzurütteln und den Umsturz der bestehenden Ordnung herbeizuführen. Spanien und die Länder spanischer Zunge bilden heute die hauptsächlichsten Herde der Verbreitung jener Lehre von der „Propaganda der Tat“, erscheinen doch in Spanien selbst nicht weniger als neun, in Uruguay drei anarchistische Zeitschriften. Darunter eine täglich, zu denen sich noch über ein Dutzend in anderen Ländern in spanischer Sprache herausgegebener Anarchistenblätter gesellen. Der Abscheu und die Empörung, die anlässlich der hochwürdigen Tat Pardinás die Mehrheit des spanischen Volkes erfüllten, lassen hoffen, daß künftighin der Kampf der spanischen Behörden noch in größerem Maße die Unterstützung der Bevölkerung finden werde als bisher.

* Der Balkankrieg.

Konstantinopel, 15. Nov. Der Konstantinopeler Sonderberichterstatter des „Temps“ telegraphiert: der französische General Baumann, Kommandeur der türkischen Gendarmerie, habe ihm mitgeteilt, daß er im Einvernehmen mit dem französischen Admiral Dartige und den verschiedenen türkischen Behörden alle Maßnahmen ergreifen habe, um die Sicherheit der Stadt aufrecht zu erhalten. Ein türkisches Korps von 20 000 Mann frischer Truppen sei in zweiter Linie auf den Höhen von San Stefano aufgestellt worden, welches die türkische Armee im Falle einer Niederlage verhindern solle, nach Konstantinopel zurückzufließen und sie nach San Stefano abzulenken werde, von wo sie nach Kleinasien befördert werden solle. Im übrigen seien auch in Konstantinopel selbst

alle Vorkehrungen getroffen, um jede Gefahr hintanzuhalten.

Konstantinopel, 15. Nov. Es verlautet, daß die Bourparlers mit Bulgarien bezüglich der Friedenspräliminarien auf dem modifizierten Vertrag von San Stefano beruhen sollen. Dem „Zdam“ zufolge würde die Pforte verlangen, daß Kirklisse und Adrianopel in türkischem Besitz verbleiben. Die verbündeten Staaten würden der Pforte einen Tribut für die überlassenen Territorien bezahlen, welche wie das frühere Strumelien verwaltet werden würden. Man glaubt, daß ein vollständiger Kontakt der bulgarischen und türkischen Streitkräfte nicht vor einer Woche möglich sein wird. Wenn an diesem Zeitpunkt die Friedensbedingungen festgesetzt sein würden, würden die Feindseligkeiten eingestellt werden, sonst würde ein Waffenstillstand geschlossen oder die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden.

Konstantinopel, 16. Nov. Von unserem Privatkorrespondenten. Eine kundige Persönlichkeit, die aus Kademköj zurückgekehrt ist, bestätigt die Nachricht, daß die Cholera unter den Truppen der Tschataldtscha furchtbar wüthet. Von Donnerstag auf Freitag seien sicherlich mehr als 1000 Personen an Cholera erkrankt. Die Sterblichkeit sei außerordentlich hoch. Der Korpskommandant von Kademköj liege hoffnungslos darnieder.

Konstantinopel, 16. Nov. Beim Marineministerium ist die Meldung eingetroffen, daß die türkische Flotte am Donnerstag die Kaserne von Rodosto bombardiert hat, wo sich bulgarische Truppen befanden. Eine Anzahl Bulgaren seien getötet worden.

Saloniki, 15. Nov. Unter der Bevölkerung herrscht die größte Aufregung. Bulgarische und griechische Soldaten plündern und begehen Gewalttate gegen Mohammedaner. In den Straßen besteht Lebensgefahr, da fortwährend scharf geschossen wird. Die Stadtverwaltung ist von griechischen Beamten übernommen, die Saloniki als eine griechische Stadt behandeln. Zahlreiche Türken bestürmen die Konsulate um Schutz.

Belgrad, 15. Nov. Nach einer Meldung aus Prilep haben gestern abend die ersten Zusammenstöße bei Monastir zwischen serbischer Kavallerie und türkischen Truppen stattgefunden. Die Türken würden nach kurzem Kampf gezwungen, sich zu ergeben.

Sofia, 15. Nov. Der Ministerrat beriet über das Ersuchen um Waffenstillstand, das von dem Großwesir an den König gerichtet worden war. Er beschloß zu antworten, daß die Regierung den verbündeten Kabinetten das Gesuch der Türkei vorlegen und nach Herstellung einer Einigung die Antwort so schnell als möglich übermitteln werde.

Sofia, 15. Nov. Der „Mir“ meldet auf Grund vertrauenswürdiger Informationen, daß die bulgarischen Truppen nach der Einnahme von Serrey sich des Hafens von Kawala bemächtigten.

Athen, 15. Nov. Der Kommandant des griechischen Geschwaders im Ägäischen Meer meldet, daß heute vormittag um 10 Uhr durch gleichzeitige Landung von Marinesoldaten in der Bucht von Nulianis und im Hafen von Daphni die Chalkidische Halbinsel besetzt worden ist.

Athen, 15. Nov. Die griechische Armee ist auf Befehl des Thronfolgers von Saloniki ausgebrochen und marschiert direkt auf Monastir.

Paris, 16. Nov. Der Schritt der Gesandten der Großmächte wurde gestern abend in Sofia, Belgrad und Athen, gestern früh in Cetinje unternommen. Während die Regierungsvertreter der drei ersten Hauptstädte erklärten, ihren Regierungen Bericht erstatten zu wollen, wurde in Cetinje geantwortet, daß die Regierung in einen Waffenstillstand nur bei vorbehaltloser Übergabe Stutaris einwilligen könne.

* Das Reichs-Petroleummonopol.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl, sowie die dem Entwurf beigegebene allgemeine und besondere Begründung. Das Gesetz enthält zunächst in den §§ 1 bis 4 die Grundlagen der vorgesehenen Regelung. Grundsätzlich soll die Einfuhr, die Herstellung und der Großhandel mit Leuchtöl dem Reich zustehen. Der Bundesrat wird aber ermächtigt, diese Befugnisse an eine Vertriebsgesellschaft zu übertragen und zwar bis zur Dauer von 30 Jahren. Die Satzungen dieser Vertriebsgesellschaft sowie jede Änderung bedürfen der Zustimmung des Reichstanzlers. Die Vertriebsgesellschaft wird der Aufsicht eines Reichskommissars unterstellt, der berechtigt ist, an den Sitzungen des Aufsichtsrates und an den Generalversammlungen teilzunehmen, von dem Vorstand und dem Aufsichtsrat jederzeit Berichte zu verlangen, Einsicht in die Bücher und Schriften der Vertriebsgesellschaft zu nehmen sowie auf ihre Kosten aus wichtigen Gründen Generalversammlungen einzuberufen. Daneben wird ihm insbesondere für den Bezug von Leuchtöl ein Vorrecht eingeräumt dahin, daß die Vertriebsgesellschaft die Zustimmung des Reichskommissars einzuholen hat. Bei jedem Lieferungsvertrag von mehr als 50 000 Tonnen für das Jahr und ferner bei jedem Bezug von einer Handelsunternehmung, die nicht Produktionsunternehmung ist, um auf diesem Wege die Bildung besonderer Zwischenhandelskongerze auszuschießen. Den Einfluß auf die Vertriebsgesellschaft sichert sich das Reich insbesondere durch die Bestimmung des § 4 des Gesetzes. Zunächst wird Fürsorge getroffen, daß die Aktien nicht etwa in die Hände einer dem Unternehmen gegenüber Kapitalmacht gerät. Es wird daher das Aktienkapital in gewöhnliche Inhaber- und in Namensaktien zerlegt und zwar mit der Maßgabe, daß auf die Namensaktien nicht weniger als die Hälfte der Stim-

men in der Generalversammlung entfallen dürfen. Es werden zunächst ausgegeben: 60 Mill. Mark Aktien, von denen 10 Millionen mit fünfjährigem Stimmrecht als Namensaktien gestellt sind. Die Namensaktien, die an inländische deutsche Gesellschaften verteilt werden, werden bei der Reichsbank hinterlegt. Jede Übertragung bedarf der Zustimmung des Reichskommissars. Sodann liegt eine weitere Sicherung für die Reichsverwaltung darin, daß die Wahl des Aufsichtsrates und innerhalb desselben die Wahl des Vorsitzenden sowie seiner Stellvertreter, endlich die Wahl des Vorstandes durch den Aufsichtsrat der Bestätigung durch den Reichskanzler unterliegen. Über die Ausgabe von Schuldverschreibungen und außerordentlichen Dotierungen des Reservefonds hat der Reichskommissar gleichfalls zu entscheiden. In § 1 Ziffer 3 bis 5 finden sich diejenigen Bestimmungen, die den Schutz der Verbraucher sichern. Wie bereits in früheren Veröffentlichungen angedeutet, werden die zulässigen Gewinne der Gesellschaft und die zulässigen Anteile des Reiches für jeden einzelnen Literpreis nach einer bestimmten Scala begrenzt mit der Maßgabe, daß, je niedriger die Preise sind, desto mehr die Gesellschaft und das Reich verdienen dürfen und je höher die Preise sind, desto weniger. Um der Gesellschaft einen kräftigen Anreiz zu geben, mit den Preisen herunterzugehen, wachsen die Gewinne mit den Preisen nicht in arithmetischer Progression, sondern ähnlich wie ein auf Zinsszinsen gelegtes Kapital.

Die Befugnisse der neuen Vertriebsgesellschaft sind genau umgrenzt, einmal wird sie nicht umfassen die heimische Gewinnung von Mineralölen, vielmehr bleibt dieses Geschäft der privaten Produktion überlassen. Sie wird sich ferner nicht beziehen auf den Kleinhandel, sondern an die Detailhändler ab Straßentankwagen verkaufen, wo es not tut, auch ab Tankanlage in Fässern. Das Kannengeschäft, das sich in den letzten Jahren eingebürgert hat, wird von der Gesellschaft grundsätzlich nicht erfaßt. Ihre ausschließliche Befugnis beschränkt sich ferner auf den Verkehr mit Leuchtöl. Unberührt bleiben dagegen die übrigen Mineralöle, insbesondere also Benzin, Gas- und Treiböl und Schmieröl. Die Begründung legt ausführlich dar, daß es zwar an sich sehr erwünscht erscheinen möchte, auch das Benzingeschäft einzubeziehen, daß es sich aber gegenüber der bereits eingetretenen Monopolisierung des Weltmarktes und wegen der stark entwickelten Raffinadeindustrie nicht durchführen ließe. Um die Gefahr auszuschließen, daß die Vertriebsgesellschaft etwa im Wege des neuen Wettbewerbs das Geschäft in den übrigen Mineralölen an sich riße, ist in § 4 Ziffer 8 ein besonderes Verbot in dieser Beziehung ausgesprochen, von dem der Reichskanzler nur in besonderen Vorfällen eine Ausnahme gestatten kann.

Zur Unterstützung des Reichskommissars ist ein Beirat von Sachverständigen in § 6 des Gesetzes vorgesehen, der mindestens einmal jährlich einzuberufen ist und Vorschläge über die Ausbildung der Verkaufsorganisationen sowie Beschwerden über die Vertriebsgesellschaft zu begutachten hat, durch Beauftragte die Betriebseinrichtungen auf ihre technische Verwendbarkeit prüfen kann und zu hören ist, bevor der Bundesrat besondere Qualitäts-erfordernisse für das von der Vertriebsgesellschaft zu vertretende Leuchtöl festsetzt.

Der Übergang der bestehenden Unternehmungen in das Eigentum der Vertriebsgesellschaft und die zu leistenden Entschädigungen sind in den §§ 7 bis 14 geregelt. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß dieser Übergang in gütlicher Vereinbarung sich vollziehen wird, nur für den Fall, daß dieser nicht zustande kommt, ist ein Enteignungsverfahren vorgesehen, das auf der einen Seite eine schnelle Durchführung ermöglichen soll, auf der anderen Seite aber alle Rücksichten der Billigkeit nimmt. Die Entschädigung für die bisherigen Unternehmungen besteht einmal in einer solchen für den Wert der übernommenen Anlagen und zwar in dem vollen Umfang. Der Wert wird festgestellt durch ein unparteiisches Schiedsgericht, in das die Vertriebsgesellschaft sowie die bisherige Unternehmung je zwei Schiedsrichter zu entsenden hat, während drei ständige Schiedsrichter der Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichts ernannt. Eine derartige Entschädigung für den Sachwert der Anlagen wird unter Umständen den berechtigten Interessen der Gesellschaften nicht vollauf Rechnung tragen. Es ist deshalb Vorfrage getroffen, daß auch darüber hinaus vom Bundesrat noch eine Entschädigung gewährt werden kann, falls die bisherige Unternehmung, insbesondere auf Grund ihrer Veranlagung zur Einkommensteuer nachweist, daß ihr Reingewinn aus dem deutschen Geschäft im Durchschnitt der letzten fünf Jahre höher gewesen ist als 4 v. H. des für die Anlagen usw. zur Auszahlung kommenden Kapitals. Diese Entschädigung wird in erster Linie die Vertriebsgesellschaft zu leisten haben. Soweit aber jene besondere Entschädigung für die Aufgabe des Geschäftes über 10 v. H. des Anlagewertes hinausgeht, können die Reichseinnahmen aus dem Gesetze herangezogen werden. Für die Entschädigungsansprüche der Angestellten (§ 13) ist der ordentliche Rechtsweg vorgesehen. Die ganz überwiegende Anzahl der Angestellten der bisherigen Unternehmungen werden von der Vertriebsgesellschaft übernommen werden. Für diejenigen, die etwa zur Entlassung kommen sind die Entschädigungsansprüche genau formuliert. Zunächst sollen alle noch für das Kalendervierteljahr, in dem die Vertriebsgesellschaft errichtet wird und für das darauffolgende Kalenderjahr ihr bisheriges Gehalt weiter beziehen. Diese weitere Entschädigung richtet sich nach dem Lebensalter und der Dauer der Beschäftigung in der betreffenden Unternehmung. Sie tritt ein für diejenigen, die zwei

Jahre beschäftigt und das 25. Lebensjahr überschritten haben und steigt dann für jedes Jahr der Beschäftigung um die Hälfte des letzten Jahresgehalts. Wer älter als 45 Jahre ist, erhält diese Entschädigung ganz, wer älter als 35 Jahre ist, zu dreiviertel Teilen und wer mehr als 25 Jahre alt ist, zur Hälfte.

Der Gesetzentwurf beabsichtigt die Regelung wirtschaftlicher Verkehrsverhältnisse, nicht aber eine Verbesserung der allgemeinen Finanzlage. Soweit sich daher durch eine zweckmäßige Gestaltung des Betriebs ohne Mehrbelastung des Reiches finanzielle Vorteile für die Reichskasse ergeben, sollen sie nicht für Verbesserung der allgemeinen Finanzlage, sondern zur Erfüllung besonderer, bisher aus finanziellen Gründen zurückgestellter Aufgaben dienen, die den minderbemittelten Klassen zugute kommen. Hierzu gehört vornehmlich die Erhöhung der Beihilfen für Kriegsteilnehmer, sowie eine Erleichterung der Bedingungen, unter welchen die Kriegsteilnehmer in die Bezüge gelangen. Es dürfte darüber dem Reichstag eine besondere Vorlage mit der Maßgabe zugehen, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten beider Gesetze miteinander in Verbindung gebracht wird.

* Innerpolitische Übersicht.

Der Kaiser hat — der Straßburger Korrespondenz zufolge — in Gemäßheit des Vorschlags des Bundesrates den Landgerichtsdirektor, Geh. Justizrat Freiherrn von Selbach-Straßburg zum Präsidenten der Disziplinarkammer für elsass-lothringische Beamte und Lehrer in Straßburg ernannt.

Das Befinden des Königs von Bayern. Das Ministerium des königlichen Hauses und des Äußern gibt folgendes Bulletin über das Befinden des Königs Otto bekannt: Die Heilung des Karbunkels verläuft normal. Die Ausgabe weiterer Bulletins unterbleibt. Schloß Fürstentried, den 15. November. Dr. Angerer, Dr. Grafhey.

Der Bundesrat genehmigte den Etat der Reichspost für 1913, den der Telegraphenverwaltung, der Reichsjustizverwaltung, des Reichszollamts, der Reichszollverwaltung, des Reichsamtamts des Innern, der Marineverwaltung und den Nachtragsetat für Kautschuk für 1912.

Vom Rhein-Nordseekanal. Im preussischen Abgeordnetenhaus versammelten sich am Freitag eine Reihe von Interessenten und verschiedene Parlamentarier, um auf Einladung des Vereins zur Förderung des Baues eines Großschiffahrtskanals vom Rhein zur deutschen Nordsee den Kölner Ingenieur Rossmeyer über seinen Plan eines Rhein-See-Kanals zu hören.

Keine fremdsprachlichen Demonstrationen. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Berliner Polizeipräsident das Gelingen der sozialdemokratischen Veranstaltungen der Friedensdemonstrationen am nächsten Sonntag, ausnahmsweise auch andere Sprachen als nur die deutsche zuzulassen, abschlägig beschieden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 16. November.

** Die Einnahmen der badischen Staatsbahnen betragen im Monat Oktober 1912:

	aus dem Personenverkehr	aus dem Güterverkehr	aus sonstigen Quellen	Summa	Januar bis mit Oktober
nach geschätzter Feststellung 1912	2 603 000	7 440 000	910 000	1 093 000	97 853 000
auf 1 km Betriebslänge	1 549	4 178	—	6 237	55 957
nach geschätzter Feststellung 1911	2 602 000	6 765 000	1 084 000	1 045 100	94 258 000
auf 1 km Betriebslänge	1 561	3 855	—	6 033	54 513
nach endgültiger Feststellung 1911	2 604 030	6 928 632	930 000	1 046 262	94 614 090
Im Jahre 1912 gegen die geschätzte Einnahme des Jahres 1911 mehr	1 000	675 000	—	502 000	3 595 000
weniger	—	—	174 000	—	—
auf 1 km Betriebslänge	12+	323	—	204+	1 444
gegen die endgültige Einnahme des Jahres 1911 mehr	—	511 368	—	490 338	3 238 910
weniger	1 030	—	20 000	—	—

Erläuterungen: Beim Vergleich der Ergebnisse für Oktober 1912 mit jenen für Oktober 1911 ist zunächst zu berücksichtigen, daß der Monat Oktober im Jahre 1911 5 Sonntage, 1912 nur 4 Sonntage hatte. Bei sonst gleichen Verhältnissen müßten erfahrungsgemäß 1912 die Einnahmen aus dem Personenverkehr kleiner, die Einnahmen aus dem Güterverkehr größer sein als 1911.

Die Witterung war in der ersten Hälfte des Oktober 1912 im allgemeinen kühl und trocken, in der zweiten Hälfte regnerisch und unfreundlich. Der Reiseverkehr war der Jahreszeit entsprechend mäßig stark und bewegte sich ungefähr in den gleichen Grenzen wie im Oktober 1911. An Sonntagen war ein ziemlich lebhafter Ausflugsver-

kehr. Die Rückreise der italienischen Arbeiter in ihre Heimat hat schon begonnen. Die Spätjahrmessen und Kirchweihfeste gaben mehrfachen Anlaß zur Ausführung von Vor- und Nachzügen; zur Beförderung der einberufenen Rekruten in die Garnisonen müßten zahlreiche Militärsonderzüge eingelegt werden. Der Tierverkehr hat etwas zugenommen. Die geschätzte Einnahme aus dem Personenverkehr war im Oktober 1912 um 1 000 M. und in den Monaten Januar bis Oktober 1912 um 1 377 000 M. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1911.

Der Güterverkehr war sehr stark und übertraf jenen vom Oktober 1911 bedeutend. Besonders stark war der Getreide- und Kohlenverkehr nach der Schweiz. Der Versand von Obst und Feldfrüchten drängte sich infolge frühzeitigen Eintritts der kalten Witterung sehr zusammen. Der Verkehr mit neuem Wein war wegen des schlechten Ausfalles des Herbstes gering. Die Rheinschiffahrt bis Mannheim war ohne Unterbrechung offen. Die Zufuhren an Kohlen waren durch großen Wagenmangel im Ruhrgebiet beeinträchtigt, die Zufuhren an Getreide litten infolge der politischen Lage. Die Fahrten nach Basel mußten wegen Niedrigstandes des Wasserstandes gegen Mitte des Monats abgebrochen, jene nach Rehl-Straßburg geleichtert werden. Im letzten Monatsdrittel konnte der Oberrhein infolge Steigens des Wassers wieder unbeschränkt bis Basel befahren werden. Der Versand von Getreide und Steinkohlen von Rehl nach der Schweiz hat eine außergewöhnliche, bis jetzt noch nicht erreichte Steigerung erfahren. Die Redarschiffahrt war ununterbrochen offen, aber im allgemeinen nicht lebhaft. Auf den Hauptstrecken verkehrte täglich eine bedeutende Zahl von Bedarfs- und Sondergüterzügen. Bedeckte Güterwagen konnten während des ganzen Monats nicht in der verlangten Zahl gestellt werden. Der Mangel an offenen Wagen war noch größer, so daß fortwährend Teildeckung angeordnet werden mußte. Die geschätzte Einnahme aus dem Güterverkehr war im Oktober 1912 um 675 000 M. und in den Monaten Januar bis Oktober 1912 um 1 941 000 M. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1911.

Aus der Residenz.

Großherzogliches Hoftheater.

Zum Vorteil der Hoftheater-Pensionsanstalt bot gestern abend das Hoftheater seinen Besuchern einige sehr gelungene Neuenstudien dar. Nach den beiden nervenzermürbenden Hauptmann-Abenden war die geistige Vorbereitung besonders herzerfrischend. Den Reigen eröffnete die Ouvertüre zur komischen Oper „Die beiden Automaten“ von Alfred Lorenz, von ihm selbst dirigiert; Lorenz hat hier eine Musik geschaffen, die in ihrer schneidigen Eleganz und sicheren Konzeption sehr sympathisch berührt. Hierauf gab es als Kraufführung „Die Elitenschen“, Lustspiel eines Karlsruher Dichters, der sich unter dem Pseudonym C. M. Voh verbergt. Das Stück ist eine beachtenswerte Talentprobe. Bei der sotten guten Darstellung, wie wir sie gestern sahen, konnte auch der äußere Erfolg nicht ausbleiben. Alle sonstigen Vorbereitungen für einen solchen sind erfüllt: ein frisch aus Afrika zurückgekehrter Leutnant, der unfehlbar wirkt, ein weiblicher Elitenschen, ein männlicher Elitenschen, und ihr Gegenstück, die feine ältere Dame aus der unmodernen Zeit. Das Thema ist ja nicht mehr ganz neu. Zwei moderne Menschen, Braut und Bräutigam, die doch verliebt ineinander sind, wollen ihre Ehe nur auf Wahrscheinlichkeit gründen, und sich gegenseitig alles mitteilen, was sie selbst erleben, und kommen schließlich doch Dank der Mithilfe der Großmutter zu dem Schluß, daß es besser ist, wenn der Mann manches Erlebnis für sich behält, denn bei Liebe und Eifersucht hört der „Elitenschen“ auf. Wie schon gesagt, war die Aufführung sehr lobenswert. Hedwig Holm als weiblicher Elitenschen zeigte sich als eine gewandte flotte Darstellerin, die ohne Übertreibungen ihre Rolle durchführte, gleiches Lob gebührt dem männlichen Elitenschen, Herrn Rittjohann; auch Fräulein Frauendorfer spielte ihre Großmama-Rolle mit vollem Gelingen. Auch Herr Neß als Leutnant und Frau Pix als klatschende „gute Freundin“ trugen zum guten Abschluß des Ganzen bei. — Ein kleines Rabinettstückchen in seiner Art ist die Offenbach'sche Operette in einem Akt „Die Hanni weint — der Hansi lacht“. Frau Müller-Neißel staltete die Rolle der Müllerin mit allen erdenklichen Reizen des Spiels und Befangs aus und Hans Sievert, der Müllerbursche Kilian, ihr Liebhaber, wetteiferte mit ihr in übermütiger Laune, die ungewünschten Freier abzuschrecken und dem reichen Weinbauer Sebastian Rosthuber ein Schnippen zu schlagen. Sicher ist schon lange nicht mehr so gelacht worden im Hoftheater, wie gestern abend. Als dann noch Sebastian Rosthuber (Herr Dapper) im Kostüm seiner „Alten“ seine Sprünge machte und auch Herr von Krones seinen Nilas mit echtem Humor über die Bretter führte, war der Erfolg des Stückes besiegelt. Die Regie hatte in Hannchens Mühle ein sehr stimmungsvolles Bühnenbild geschaffen. Fast ist es des Guten zu viel, wenn wir nun noch als gewissenhafter Referent „Das Versprechen hinterm Herd“, eine Szene aus den österreichischen Alpen mit Nationalgeängen erwähnen müssen. Vielen Theaterbesuchern wird noch Frau Mailha als Mandl in unvergeßlicher Erinnerung sein. Auch Frau Lauer-Kottlar löste gestern ihre Aufgabe gelanglich und darstellerisch zur Zufriedenheit. Die übrigen Mitwirkenden (die Herren Bussard, Söder und Mark) verdienen gleichfalls alles Lob. So nahm der

Abend einen in jeder Hinsicht fröhlichen und angenehmen Verlauf.

Die Vereinigung „Heimatlige Kunstpflege“ wird am Dienstag den 19. November ihre Generalversammlung abhalten. Nach Schluß der geschäftlichen Beratungen wird eine einheimische Dichterin, Fräulein Bista Luise Schember, mehrere ihrer Gedichte zum Vortrag bringen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Balkankrieg.

Sofia, 16. Nov. Wie das neuterische Bureau von autoritativer Seite erfährt, werden die Friedensbedingungen sobald als möglich von den Verbündeten formuliert und der Türkei zur Annahme oder Ablehnung in ihrer Gesamtheit überhandt werden. Die Verbündeten haben nicht im geringsten die Absicht, durch Verhandlungen über Einzelheiten der Bedingungen die Türkei Zeit gewinnen zu lassen. Wenn die Bedingungen nicht ohne Verzug binnen 24 Stunden angenommen werden, werden die Feindseligkeiten mit größter Energie wieder aufgenommen. Es ist möglich, daß eine prompte Annahme der Bedingungen den Einmarsch der bulgarischen Truppen in Konstantinopel verhindert. Wie man versichert, wird Bulgarien nichts dagegen haben, daß die Türkei Konstantinopel und die Dardanellen behält.

Belgrad, 16. Nov. Der „Politica“ zufolge trifft König Peter morgen in Belgrad ein. Am 21. d. M. findet in Belgrad eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der vier Balkanstaaten statt. Im Laufe der nächsten Woche wird der König Ferdinand hier eintreffen.

Budapest, 16. Nov. Der „Pester Lloyd“ betont gegenüber den Mitteilungen des montenegrinischen Amtsblattes über die ablehnende Haltung des Königs Nikita auf die Intervention des österreichisch-ungarischen Gesandten wegen einer Besetzung der albanischen Häfen: An der Tatsache der unerschütterlichen Forderung Österreich-Ungarns kann auch durch diese Kundgebung absolut nichts geändert werden, wenn man schließlich auch das entscheidende Moment der Erregung zugutehält und ihre allzugroße Bedeutung nicht bekennt. Der allein wichtige Punkt liegt darin, daß die feste Entschlossenheit Österreich-Ungarns und Italiens dem Königreich in nicht mißzuverstehender Weise zur Kenntnis gebracht wurde.

Taufestlichkeiten in Mecklenburg-Schwerin.

Ludwigslust, 15. Nov. Zu den heutigen Tauffestlichkeiten ist heute früh um 8.30 Uhr die Königin von Dänemark hier eingetroffen. Die Taufpaten des jungen Herzogs sind: König Christian von Dänemark, Herzog und Herzogin von Cumberland, Prinz Max von Baden, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, die Großherzogin-Mutter, Großherzogin Marie, die Kaiserin-Mutter von Rußland, Prinzessin Heinrich XVIII. von Preußen und Prinzessin Olga zu Braunschweig-Lüneburg. Heute nachmittag fand im goldenen Saal des großherzoglichen Schlosses die Taufe des jüngstgeborenen Prinzen statt. Der Täufling erhielt den Namen Christian Ludwig. Auf die feierliche Taufhandlung folgte eine Gratulations-Cour im Salon der Großherzogin. Heute abend findet ein Galadiner zu 110 Gedecken statt.

Moskau, 16. Nov. Der Kaiser ist heute vormittag 9 Uhr zu der Kasperte Mauer abgereist.

Oldenburg, 16. Nov. Der 60. Geburtstag des Großherzogs wird im ganzen Lande, besonders in den Schulen und bei dem Militäre festlich begangen. Die Stadt prangt im Flaggen Schmuck. Eine Deputation der Handelskammer überreichte heute vormittag dem Großherzog, der mit seiner Familie auf Schloß Lehnsahn in Holtstein weilt, eine in den Kreisen der Industrie, des Handels und der Schifffahrt gesammelte Spende von 60 000 M. zur Verwendung für den Deutschen Schiffschiffverein, dessen Vorsitzender der Großherzog ist.

Konstantinopel, 16. Nov. Aus San Stephano werden zahlreiche Cholerafälle gemeldet.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 16. November 1912.

Die nordöstliche Depression hat sich zwar verflacht, doch erstreckt sich ihr Einfluß noch weit nach Südwesten hin, so daß bis Mitteleuropa herein noch trübes und vielfach regnerisches Wetter herrscht, wiewohl sich der hohe Druck, dessen Kern noch im Nordwesten liegt, gegen das Binnenland zu ausbreitet hat. Über Italien hat sich eine neue flache Depression entwickelt. Im Süden des Reiches ist es stark neblig geworden. Der hohe Druck wird sich voraussichtlich noch weiter binnenwärts ausbreiten; es ist deshalb teils heiteres, teils neblig und kühles Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

E. Büchle Inh.: W. Bertsch Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 128, zwischen Wald- u. Karlsruh. Großtes Spezialgeschäft für gediegenen C.280

Wandbilderschmuck, Bildereinrahmungen Besichtigung ohne Kaufzwang.

En gros. **Julius Strauß, Karlsruhe.** En détail. Großtes Spezialgeschäft in Besatzartikeln, aller Arten Bekleidungsgegenständen, Raffementen, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Strümpfen, Strawatten, Fächern, Sportjacken, Mützen. Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 372. **Blusen, Unterröcke usw. sehr preiswert.** D.216

